

DEMOKRATIE WERKSTATT AKTUELL

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten!

Nr. 900

Mittwoch, 13. November 2013

28 STAATEN, 900. ZEITUNG ...



... WIR GRATULIEREN!



Max (13) und Tristan (14)

Hallo!

Wir sind die 4A des Bundes[real]gymnasiums Enns aus Oberösterreich. Heute besuchen wir die Demokratiewerkstatt in Wien und freuen uns sehr, dass wir die 900ste Ausgabe der Zeitung gestalten dürfen. Das heutige Thema umfasst die EU. Genauer gesagt: „Österreich in der EU“, „Zwei Dinge aus unserer Welt“, „Warum es die EU überhaupt gibt“ und „Eine Reportage über zwei EU-Länder im Vergleich“.



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

DIE ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER EU

Warum hat man eigentlich die EU gegründet? Was ist das Schengen-Abkommen? Seit wann gibt es den Euro? Das alles erfahrt ihr im folgenden Bericht.

Europa war nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem großen Teil zerstört und die Wirtschaft kämpfte mit großen Problemen. Der französische Außenminister Robert Schuman hatte die Idee, eine Gemeinschaft zu gründen, um weitere Kriege in Europa zu verhindern. Die Gründungsstaaten dieser ersten Gemeinschaft waren Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Diese Staaten bildeten 1951 gemeinsam die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“.

Dadurch hatten sie die gemeinsame Kontrolle über jene zwei Rohstoffe, die für die Waffenindustrie unerlässlich waren, und diese Staaten führten keine Kriege mehr.



Robert Schuman bei seiner Rede am 9. Mai 1950. Dort stellte er erstmals der Weltöffentlichkeit seine Idee vor.



So sieht die Vorderseite des Euro aus.

Fünf EU-Länder unterzeichneten 1985 das Schengener Abkommen. 10 Jahre später ist das Abkommen in Kraft getreten. Das Ziel dieses Abkommens war, die Grenzen zwischen den einzelnen Ländern „durchlässiger“ zu machen, und damit den Personen- und Warenverkehr zu erleichtern. Dadurch wurden die Personengrenzkontrollen zwischen den Schengen-Staaten abgeschafft. Das Abkommen gilt mittlerweile in 26 Staaten. Viele Staaten, darunter auch einige nicht EU-Länder, haben das Abkommen unterzeichnet. Heutzutage braucht man keinen Reisepass mehr für die Einreise in einen anderen Schengen-Staat, ein gültiges Reisedokument (Reisepass oder Personalausweis) muss trotzdem mitgeführt werden.

Der Euro wurde 1999 als Buchgeld eingeführt. Man kann aber erst seit 2002 mit dem Euro in bar zahlen. Buchgeld ist Geld, das man nicht angreifen kann. Dazu zählen zum Beispiel das Geld auf Spargbüchern oder auch bargeldloses Zahlen mit Kreditkarte. Der Euro gilt als gesetzliches Zahlungsmittel in den meisten EU-Staaten. Ein Vorteil des Euro ist, dass man heute nicht mehr zwingend zwischen verschiedenen Währungen wechseln muss, wenn man innerhalb der EU verreist. Manche EU-Länder behielten aber ihre eigene Währung.



Lorenz (13), Amel (13), Eduard (13), Alicia (14) und Christina (13)

PLASTIKTASCHEN - VERBOT IN DER EU?

350 Million Plastiktaschen werden allein in Österreich pro Jahr verbraucht. In Italien gibt es schon seit 2011 ein Verbot von leichten Plastiktaschen - ist das auch eine Lösung für Österreich oder die gesamte EU?

In **Österreich** gibt es kein Verbot von dünnen Plastiktaschen. Eine Umfrage der Zeitschrift „Profil“ ergab, dass 73% der österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für eine Abschaffung von Plastiktragetaschen unter 50 Mikron (0,05 mm) sind. Das sind dünne Plastiksackerl, die man im Geschäft für den Transport von Obst und Gemüse bekommt. Circa 350 Millionen solcher Plastiksackerl werden jährlich gratis an Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich ausgegeben.

In **Italien** gibt es seit 1. Jänner 2011 ein Verbot von dünnen Plastiktaschen. Die verbotenen Plastiktragetaschen wurden durch umweltfreundlichere Sackerl aus Mais- oder Kartoffelstärke ersetzt. Diese „Stärke“-Sackerl sind biologisch abbaubar. Diese Sackerl verrotten innerhalb weniger Monate und verschmutzen somit die Umwelt nicht so stark.

Und was hat das mit der EU zu tun?

Der EU-Kommissar für Umwelt brachte vor kurzem den Vorschlag, den Verbrauch von dünnen Plastiksackerl in den nächsten 4 Jahren zu verringern. Die Gründe dafür sind die umweltschädlichen Nachteile des Kunststoffs. Jährlich werden circa 8 Milliarden dünne Plastiktragetaschen in der EU verbraucht, ein Großteil davon landet am Schluss in den Meeren. Dadurch gelangt Plastik in die Mägen der Tiere, was sehr oft zum Tod führen kann. Außerdem brauchen diese Plastiksackerl 100e von Jahren um zu verrotten. So können kleine Plastikpartikel ausgesprochen großen Schaden anrichten, und das betrifft ganz Europa.



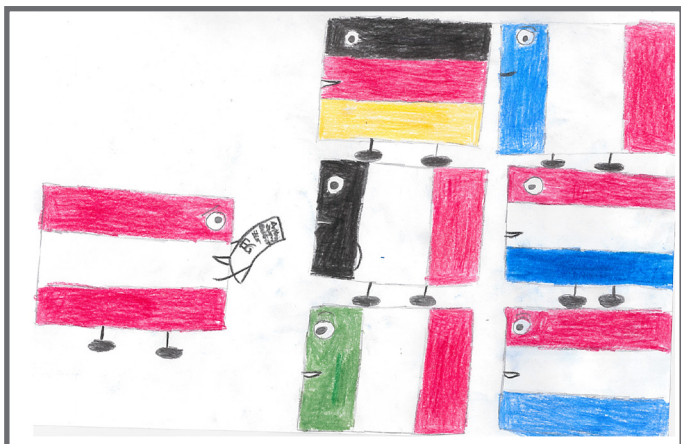
Jennifer (13), Lorenz (13), Jakob (14), Julian (13) und Belma (13)

Wir sind unentschieden, ob das Verbot sinnvoll ist. Ein Argument gegen das Verbot ist, dass dann vielleicht mehr Papiersackerl verwendet werden und diese verbrauchen viel Wasser in der Herstellung. Für das Verbot sprechen allerdings der Umweltschutz, der Tierschutz und der Verbrauch von Erdöl. Das Verbot von „dünnen“ Plastiksäcken ist, finden wir, schon wichtig, da diese, im Gegensatz zu „dickeren“ Plastiksäcken, nur einmal verwendet werden. Insgesamt wären wir schon für ein EU-weites Verbot, allerdings gibt es selten eine Lösung ohne Nachteile.

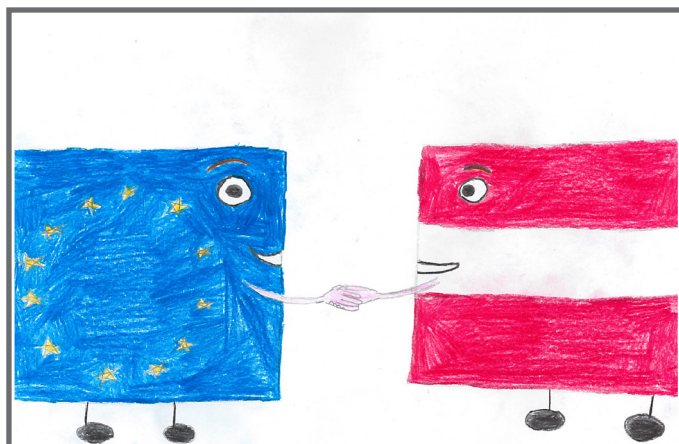
Recherchequellen: Wiener Zeitung, 09.11.; http://ec.europa.eu/news/environment/131108_de.htm

ÖSTERREICH IN DER EU

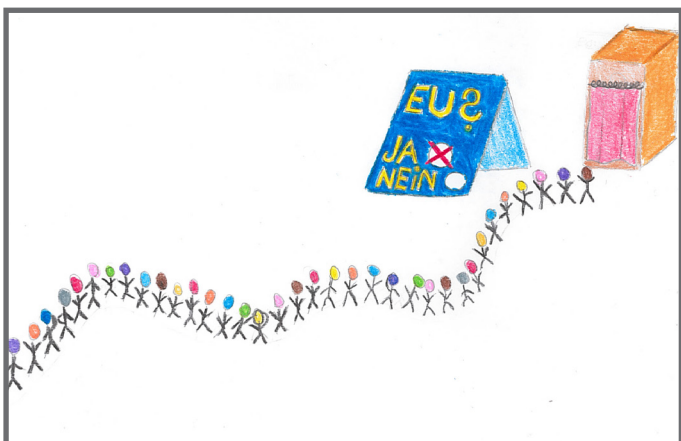
Wissen Sie, wann und wie Österreich in die EU kam? Nein? Na dann sollten Sie unbedingt diesen Comic lesen!



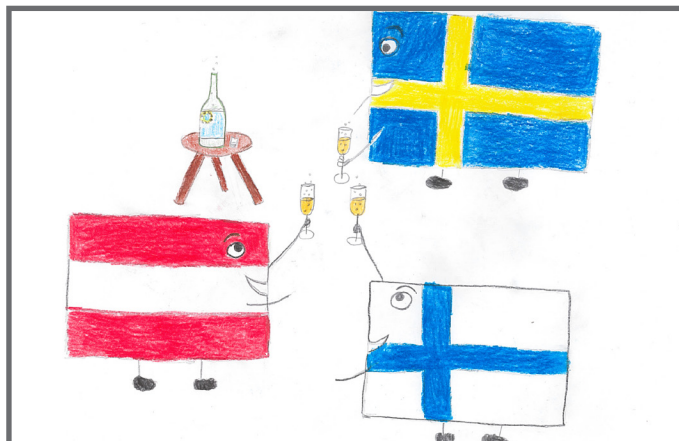
Österreich stellte 1989 den Antrag zum Beitritt zur EU. 1993 begannen die Beitrittsverhandlungen.



Im März 1994 wurden die Verhandlungen zum Österreichbeitritt abgeschlossen.



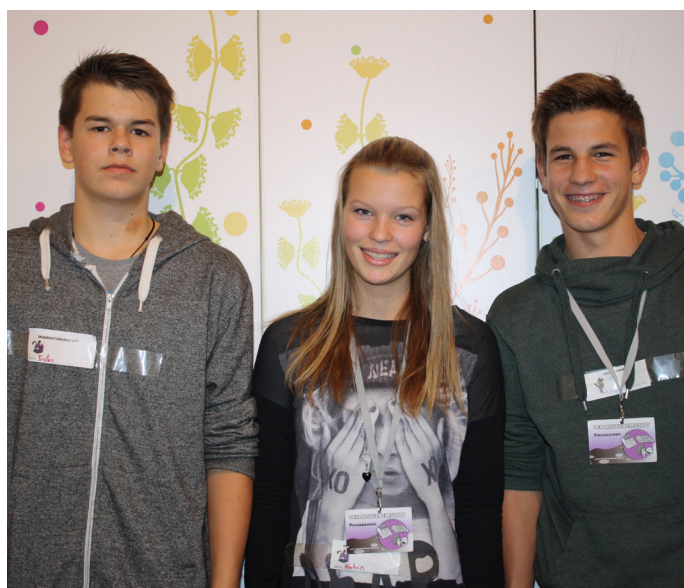
Im Juni 1994 waren zwei Drittel des österreichischen Volkes für den Beitritt zur EU. Das war erst die zweite Volksabstimmung Österreichs.



Im Jänner 1995 trat Österreich gemeinsam mit Finnland und Schweden der Europäischen Union bei.



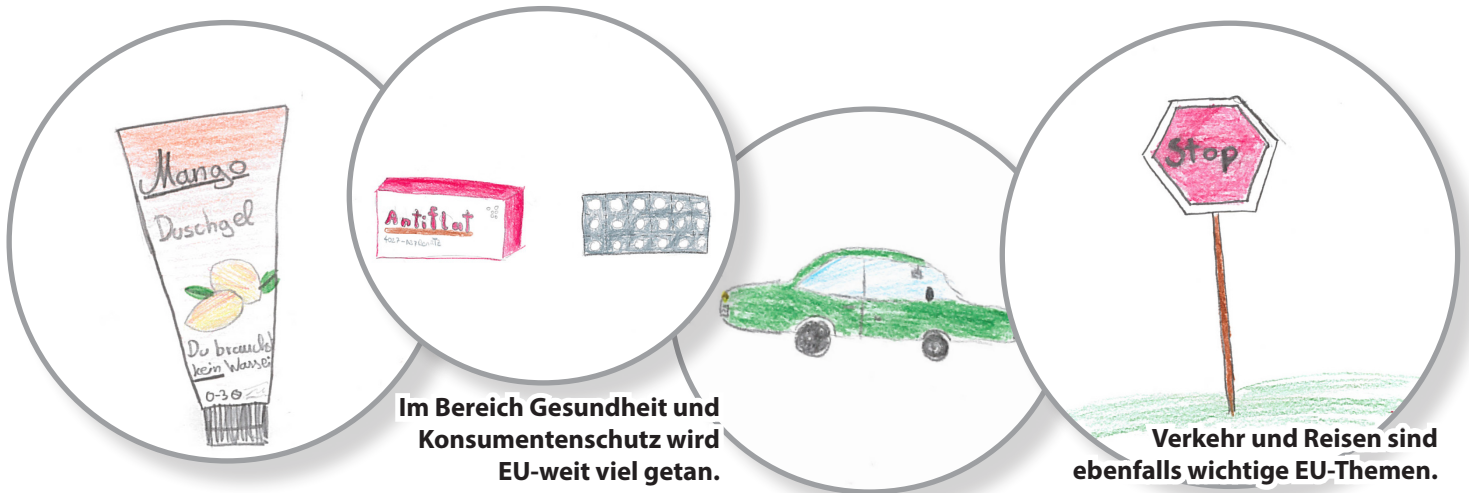
Das EU-Parlament hat drei Sitze: In Brüssel (Belgien), in Straßburg (Frankreich) und in Luxemburg. Wie kann Österreich in der EU mitbestimmen? Alle 5 Jahre wird das EU-Parlament neu gewählt. Derzeit sind 766 Abgeordnete im Parlament, ab 2014 werden es nur mehr 751 sein. Im Moment sind 19 Österreicherinnen und Österreicher im EU-Parlament vertreten.



Tristan (14), Katrin (13), Max (13) und Lena (13)
Sämtliche Bilder wurden von Lena gezeichnet.

DIE EU IN UNSEREM ALLTAG

Unsere Gruppe arbeitete ein sehr wichtiges Thema für den Alltag von ~500 Millionen Menschen (EU-BürgerInnen) aus: Der Einfluss der EU auf unser Leben. Vor allem die Gesundheit und der Verkehr waren für meine KollegInnen und mich von besonderem Stellenwert, da diese beiden Gebiete ausschlaggebend für ein normales Leben in unserer Gesellschaft sind.



Für die **Gesundheitspolitik** sind zwar die einzelnen Mitgliedsstaaten hauptsächlich selbst verantwortlich, aber es gibt auch EU-weit gemeinsame Richtlinien, Maßnahmen und Verordnungen. Einige Beispiele:

- Um in jedem EU-Land gleichberechtigt medizinisch versorgt zu werden, ist es leichter, wenn man eine einheitliche Krankenversicherungskarte besitzt, die auch in jedem EU-Land gilt.
- Auch die Überwachung übertragbarer Krankheiten (Vogelgrippe, Schweinegrippe, etc.) in den einzelnen Staaten ist wichtig. Deshalb muss auch jegliche Gesundheitsgefährdung in einem europäischen Informationsnetz gesammelt werden, damit man europaweit einen Überblick hat und Gefahren rechtzeitig erkennen kann.
- In öffentlich zugänglichen Räumen und Verkehrsmitteln ist Rauchen verboten. Daher sind genau abgegrenzte Bereiche für Raucher und Raucherinnen vorgesehen.
- Gesundheit, Hygieneprodukte: Seit 2009 sind Tierversuche für Kosmetik in der gesamten EU verboten. KosmetikherstellerInnen sind außerdem verpflichtet, anzugeben, wie lange ein Produkt nach der Öffnung haltbar ist, zudem müssen sie die Zusammensetzung des

Produkts deutlich angeben, um allergische Reaktionen zu vermeiden. Außerdem gibt es Normen zur Qualität von Trinkwasser, die von jedem Staat der EU eingehalten werden müssen.

- Gesundheit und Essen: Auf der Verpackung von Lebensmitteln muss immer der Ursprungsort angegeben werden. Zudem muss darauf hingewiesen werden, ob die Produkte genmanipulierte Spuren enthalten.
- Seit dem Jahr 2005 muss jedes Ei, das produziert wird, mit einem Stempelcode gekennzeichnet werden. Dieser zeigt die Art der Hühnerhaltung, die Herkunft, den Betrieb und auch den Stall an.
- Die EU bestimmte außerdem, dass irreführende Werbung verboten ist.

Auch im Bereich **Verkehrspolitik** wird die Zuständigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU zumeist geteilt. Bei Grenzen zwischen zwei EU-Ländern ist die Gesetzgebung trotzdem meist Sache der EU.

Ein Thema ist allen Staaten ein gemeinsames Anliegen: die durch den Verkehr verursachten Emissionen. Diese betragen immerhin stattliche 25% der insgesamt verursachten Emissionen - deshalb müssen gemeinsame Strategien überlegt werden!

Gerade im Bereich Verkehr macht es Sinn, dass einige Sachen innerhalb der EU vereinheitlicht werden, doch da gibt es noch einige Probleme bei der Vereinheitlichung zwischen den Ländern z. B.: bei der Spannung, der Stromart oder der Schienenweite der Züge.

Die EU setzt sich einige Ziele für den Verkehr bis 2050.

- Halbierung der Nutzung von konventionellem Kraftstoff bis 2030 (vollständig bis 2050).
- den Anteil der CO²-emissionsarmen Flugkraftstoffe auf 40% erhöhen.
- Vollendung eines Hochgeschwindigkeitsschiennetzes in Europa bis 2050.
- Zahl der Unfalltoten im Straßenverkehr nahe null zu senken.

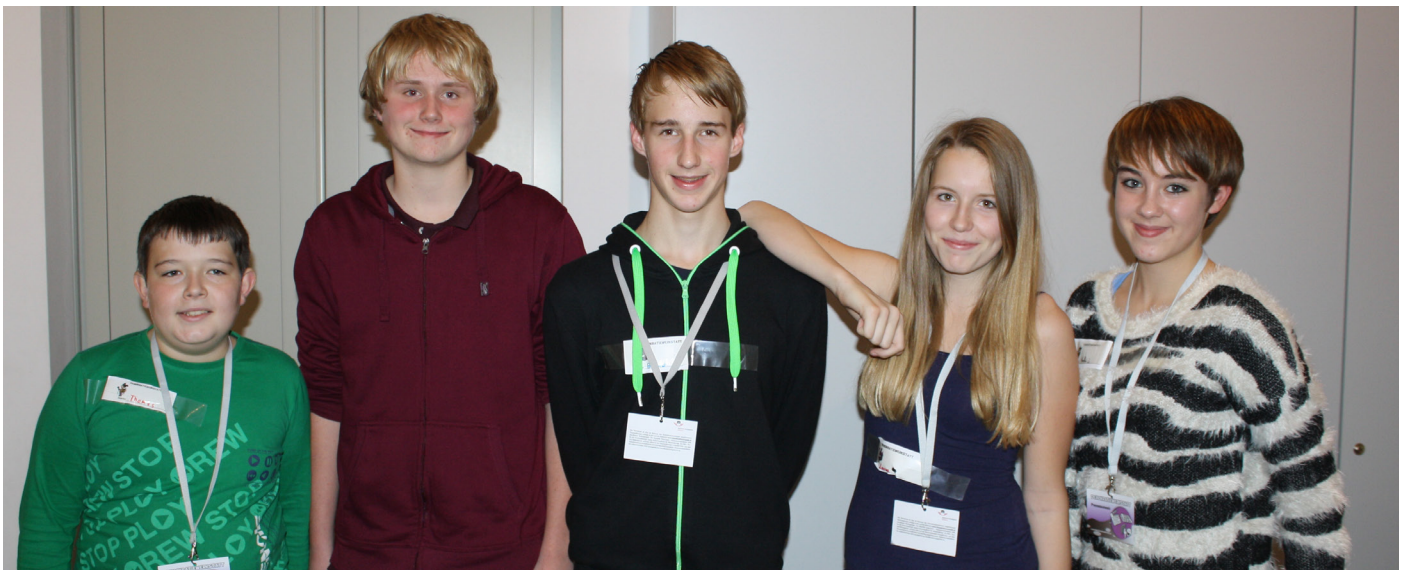
Weitere Dinge, die VerkehrsteilnehmerInnen betreffen: Erst seit 2013 werden die bis dahin nationalen Führerscheine durch ein einheitliches Model der gesamten EU ersetzt. Einer der großen

Vorteile der EU ist das Schengener Abkommen. Dies besagt, dass jeder Bürger/jede Bürgerin der Europäischen Union in jedes andere Land innerhalb des Schengen-Raumes reisen darf, ohne an der Grenze kontrolliert zu werden. Allerdings muss man trotzdem immer ein Reisedokument bei sich tragen, wenn man außerhalb des eigenen Staates ist.

Die EU-Staaten beschlossen auch, dass Tiere bei einer Reise in ein anderes Land mit einem Chip gekennzeichnet sein müssen, der die Heimatadresse angibt. Dadurch sollen unter anderem Fälle von Tierquälerei/illegalem Tierhandel schneller geklärt werden.

Mit unserem Artikel konnten wir euch zeigen, dass EU-Gesetze und Regelungen in vielen Bereichen unseres Lebens wirken.

Quelle: http://www.europarl.europa.eu/brussels/web-site/content/modul_08/start.html; Broschüre „Europa - Spuren im Alltag“



Thomas (13), Sebastian (13), Bernd (13), Laura (13) und Katharina (14)



IMPRESSUM

**Eigentümer, Herausgeber, Verleger,
Hersteller: Parlamentsdirektion
Grundlegende Blattrichtung:
Erziehung zum
Demokratiebewusstsein.
Europawerkstatt**



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

4A, BG/BRG Enns, Hanuschstraße 27, 4470 Enns